

Pulsnitzer Wochenblatt

Vertr. Nr. 18. Tel.-Adr. Wochenblatt Pulsnitz **Bezirksanzeiger**

und Zeitung Postcheck-Konto Leipzig 241 27. Gem.-Giro-K. 146

Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M 7.50 bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 7.—, monatlich M 2.35, durch die Post abgeholt M 7.50.



Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechs mal gespaltene Zeilenbreite (Masse's Zeilenmesser 14) 100 Pfg., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 85 Pfg. Im Amtsgerichtsbezirk 70 Pfg. Amtliche Zeile M 3.—, 2.50 und 2.10. Reklame M 2.—. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitrauben und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz, des Kommunalverbandes und Finanzamts Ramenz, der Ministerien und der Gemeindeämter des Bezirks.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortspfanden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großschöndorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr 265.

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. B. Mohr).

Schriftleiter: J. B. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 155.

Donnerstag, den 11. November 1920.

72. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Von den Serumfabriken wird unentgeltlicher Ersatz nur noch für solche Operationsnummern der Diphtherie- und Tetanussera geleistet, die vor Ablauf der künftigen Gewährdauer zur Einziehung bestimmt werden.
Dresden, den 8. November 1920.

Ministerium des Innern.

Ankündigungen aller Art

sind im „Pulsnitzer Wochenblatt“ von denkbar bestem Erfolg.

Zuschüsse zu Wohnbauten, Vorrichtungsarbeiten und dergleichen.

Die in der Bekanntmachung des Stadtrates vom 5. November 1920 gestellte Frist wird bis zum 18. November 1920 verlängert.

Pulsnitz, am 11. November 1920.

Der Rat der Stadt.

Das Wichtigste.

- Der Eisenbahnverkehr am Vultag, 17. November, wird nach dem Sonntagsfahrplan geregelt.
- Ein Allgemeiner Deutscher Sparkassentag findet am 7. Dezember in Dresden statt.
- Nach einer Haavas-Meldung aus Newyork setzt sich das Repräsentantenhaus wie folgt zusammen: Republikaner 293, Demokraten 138, Sozialisten 1, andere Parteien 3. Die Republikaner haben 61 Sitze gewonnen.
- Auf dem österreichischen sozialdemokratischen Parteitag beantragte Ferdinand Hartmann, den Parteivorstand zu beauftragen, die Volksabstimmung über den Anschluss der Republik Österreich an das Deutsche Reich in die Wege zu leiten.
- Das Reichskabinett hat mit Zustimmung der preussischen Regierung eine Verordnung zum Schutz gegen wilde Streiks und wilde Ausperrungen in lebenswichtigen Betrieben erlassen.
- Der Elektrizitätsstreik in Berlin nimmt wider Erwarten seinen Fortgang. Arbeitslose haben in einer städtischen Gasanstalt durch einen Gemalakt die Streikverklündung erzwungen.
- Die deutsche Regierung soll sich dem Wiederergänzungsausschuss gegenüber zu der besten Leistungsfähigkeit in den Viehablieferungen äußern.
- Die Sachverständigenkommission für die Wiederherstellungsfrage wird ihre erste Sitzung am 20. November in Brüssel abhalten.
- In der Frage der Dieselmotoren dürfen von Deutschland Garantien verlangt werden, daß diese Motore künftig nur für Handelszwecke benutzt werden.

Derliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Wahlversammlung.) Die zweite von der Deutschen Volkspartei am vergangenen Dienstag Abend im Schützenhause veranstaltete Wahlversammlung hatte einen recht erfreulichen Verlauf aufzuweisen. D. h. gefüllte Säle vorzufinden sind wir ja jetzt nachgerade nicht mehr gewöhnt, dazu scheint die allgemeine herrschende Wahlmüdigkeit eine zu große zu sein. Leider muß man feststellen, daß der Besuch aus den Kreisen, die doch an dieser Wahl ganz besonders interessiert sein sollten, außerordentlich zu wünschen übrig läßt. Der Schluß, den man hieraus ziehen müßte, läßt die Befürchtung aufkommen, daß auch die Beteiligung an der Wahl selbst eine recht flau zu werden droht. Und das hieße: den Dolch in das eigene Herz stoßen. — Die Wahlversammlung wurde durch den Vorsitzenden der hiesigen Ortsgruppe, Herrn Fabrikbesitzer Heine, eröffnet, der die Anwesenden begrüßte, um das Wort dem Redner des Abends, Herrn Dr. Wiemer aus Berlin, zu erteilen. Der Herr Redner sprach sich zunächst über den Wahlkampf im allgemeinen aus, der seither durchaus ruhig und sachlich geführt worden sei. Ein Auseinanderplätzen der verschiedenen Meinungen sei natürlich nicht zu vermeiden, aber ohne dasselbe würde das politische Leben veröden. Doch hoch über allen Parteistreit stände doch letzten Endes das Wohl der Allgemeinheit und das Vaterland. Worum handelt es sich nun bei dieser Wahl? Zunächst haben es die Wähler selbst in der Hand, durch die Abgabe der Stimmen, die Zusammenfassung des Parlamentes und aus diesem die Zusammenfassung der Regierung und somit den Geist zu bestimmen, mit dem die Regierung und die Gesetzgebung gehandhabt werden soll. Die Geschicke des Landes aber sollen doch von Männern geleitet werden, die fähig und tüchtig dazu sind. Und zum Redner ist nicht immer der geeignet, der sich als Parteisekretär oder Gewerkschaftsbeamter bewährt hat. Auch in der Gesetzgebung seien Fehler in reicher Zahl gemacht worden und die Unzufriedenheit sei deshalb überall sehr groß. Auch hier sei es Sache der Wähler, den rechten Weg zu zeigen. Wenn auch sehr viel der gesetzgeberischen Arbeit auf das Reich übergegangen ist, so bleibt doch noch reichlich zu tun übrig z. B. auf kulturellem Gebiet. Der Herr Redner bespricht nun eingehend die Finanz- und Steuerfragen. Die Finanzen bedürften die allerjorgsamste Fürsorge. Wie soll sich die künftige Steuerneuerung gestalten? Es sei falsch, hierbei sich vom Gesetze

der Strafe beeinflussen zu lassen. Gewiß müssen die Besitzenden viel leisten. Aber man muß doch unterscheiden, ob die Erträge dieser Vermögen produktiv tätig sind oder nicht. Man muß auch dafür sorgen, daß Betriebskapital vorhanden ist, denn ohne dasselbe muß naturgemäß Arbeitslosigkeit eintreten. Auch auf wirtschaftspolitischen Gebieten herrsche eine große Unzufriedenheit im Lande. Es sei an der Zeit, nunmehr die im Kriege wohl berechtigte Zwangswirtschaft aufzuheben und zu einem andern System überzugehen. Gewiß bringen solche Uebergangszelten unerquickliche Verhältnisse vor allem in der Preisfrage mit sich. Jedoch auch die Preise werden wieder sinken, vorausgesetzt, daß die Landwirtschaft ihre Monopolstellung nicht ausnützt und auch ihrerseits erträgliche Preise ansetzt. — Die Deutsche Volkspartei ist immer bedacht gewesen auf Erhaltung und Hebung der Produktivität der Landwirtschaft. Was tut nun die Deutsche Volkspartei für den Mittelstand? Die Sozialdemokratie stehe auf dem Standpunkt, dem Mittelstand nicht helfen zu können und auch nicht zu wollen. Die Deutsche Volkspartei aber ist der Ansicht, daß der Mittelstand nicht entbehrt werden kann. Der Herr Redner verweist auf die Interpellation Stresemanns u. Gen. im Reichstag: wie wird für den Mittelstand gesorgt? Den weiten Kreisen des Mittelstandes gebe es heute am schlechtesten. Und so muß eine Grundlage geschaffen werden für eine bessere Existenz. Auch für die Arbeiterfragen hat die Deutsche Volkspartei volles Verständnis und ist bereit, ihm zu geben, was er als sein Recht in Anspruch zu nehmen hat; Gleichberechtigung, Mitarbeit usw. aber nicht auf dem Wege des Klassenkampfes, sondern durch gemeinschaftliches Zusammenwirken von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Des weiteren geht der Herr Redner ein auf die Frage der Sozialversicherung. Der Erfolg der falschen Sozialversicherungsexperimente ist ja hinlänglich bekannt. Die Theorien des Marxismus haben sich als undurchführbar erwiesen. Die Folge davon Enttäuschung und Unzufriedenheit der Massen, und das gleiche stets Gewalttätigkeiten nach sich. Die Politik darf nicht nur Rücksicht nehmen auf eine bestimmte Kategorie, sondern es gibt auch andere große Schichten, Handel, Gewerbe, Industrie, denen eine Lebensfähigkeit in Stadt und Land gegeben werden muß. Dazu brauchen wir innere Frieden und das Zusammenfassen aller Kräfte. Und dabei wollen wir den nationalen Gedanken vorleben und pflegen und auf diese Weise alle Kräfte dem Wiederaufbau des Vaterlandes widmen. Das ist der Grundgedanke der Politik der Deutschen Volkspartei: Freiheit, Ordnung, Einigkeit. Wer diesem Wahlprogramm zustimmt, der gebe am Wahltag seine Stimme der Deutschen Volkspartei. — Nach Worten des Dankes an den Herrn Redner, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

(Hinweis.) Der heutigen Nummer unserer Zeitung liegen 2 Beilagen, Sachsenstimme Nr. 3 von der Deutschen Volkspartei und Wahlausruf von der Deutschnationalen Volkspartei bei, auf welche wir hierdurch besonders hinweisen.

Pulsnitz. (Revolutions-Feier.) Einen glänzenden Verlauf nahm die Feier, die zu Ehren der Revolution am 9. November vom Gewerkschaftsausschuss für Pulsnitz und Umgegend arrangiert worden war. Der Tag selbst war schon durch Arbeitsruhe in allen Betrieben gefeiert und die Veranstaltung am Abend im Gasthof „Zur Wollung“ war überfüllt. Die dargebotenen Unterhaltungen, bestehend aus Gesangsporträgen und Theater fanden dankbare Anerkennung. — Zu wünschen wäre es, daß im nächsten Jahre die Feier des 9. Novembers für ganz Deutschland durch die Arbeiterschaft einheitlich geregelt würde. (Eingefandt.)

(Unser tägliches Weh. Von Alfred Richard Meyer.) Wir wollen nicht von uns sprechen, nicht von dem Teil Schwere, das ein jeder von uns für sich zu tragen hat, tragen kann. Es ist etwas ganz anderes, schier Unerträgliches, das unsere Augen

dennoch täglich, fündlich mit schneidendem Weh anspringt, wozu wir nur blicken. Und wenn noch nicht alle von uns dieses Glends lebend geworden sind, so müssen sie es endlich werden. Weil dieses Weh zum Himmel schreit, weil in diesem Weh der beginnende Untergang unseres Volkes liegt. „Deutschland in Not!“ wird überdient von dem größeren „Kinder in Not!“ Wir sprachen einmal, als wir noch reich waren, von einem Jahrhundert des Kindes. Heute müssen wir, allerdings in einem ganz anderen Sinne, von dem Jahrzehnt des deutschen Kindes sprechen. Jahrelang haben unsere Kinder gehungert. Ehrlich: heute hungern sie mehr denn je. Sind es eure Augen, vor allem in den großen Städten, noch immer nicht, zu Tode erschrocken, innegeworden? Salägt euch da das Herz nicht bis in den Hals hinauf? Sagt nicht: unabwehrbares Schicksal! Verzweifelt nicht mit einem „Selbst verschuldet!“ Verjucht vielmehr dieses tägliche Weh aus euren Herzen zu reißen. Ich sah in Berlin eine Frau mit zwei kleinen Kindern. Die hatte sich ein Schild um den Hals gehängt, auf dem ungefähr das zu lesen stand: „Ich sehe mich gezwungen, mich hierhin zu stellen und zu betteln, um nicht zu verhungern. Mein Mann ist gefallen. Ich bin schwelungenkrank und kann nicht arbeiten. Auch mein Kinder sind lungenkrank.“ Diese Kinder! Ihr Lächeln wenn Meister Heinrich Bille dieses Glend malt. O, ihr, gingt auch heute fast alle an dieser Frau vorüber, ohne Gabe. Oder, wenn ihr das Schild wirklich laset, wüdet es euch durch das Hirn: Mägerei — tennen wir. Ihr saht diese Kinder nicht! Heute, gestern und morgen nicht. Wißt ihr, daß allein in Preußen 1918 über 1/2 Million Kinder an Krankheiten der Nahrung- und Verdauungsorgane verstarben? Eine Zahl, die um das Dreifache, Fünffache größer ist, geht wegen jahrelanger Unterernährung demselben fürchterlichen Schicksal entgegen — wenn ihr nicht helft! Das ist nicht mit einem Blumentag, einem Wohltätigkeitsfest getan. Spät, aber hoffentlich noch nicht ganz zu spät, haben sich alle charitativen Vereine Deutschlands zu der großen „deutschen Kinderhilfe“ zusammengetan, zu einer Volksammlung für das rotlebende Kind. Die Mühseligkeit des Auslands arbeitet dünn und langsam. Wir müssen das eigene Gewissen anrufen. In den Novemberwochen wird der große Ruf an unser Ohr kommen. Verperrt ihm euch nicht. Werbet lebend und hörend! Laßt das Herz zu der Hand sprechen! Und laßt es nicht wie sonst bei einem Scherlein bewenden. Eure Gabe wird tausendfältig euch und euren Kindern wiedergegeben werden — im jungen, neuen Deutschland, an dessen Zukunft wir doch alle glauben. Leben muß Leben schaffen. Leben muß das Glend vertilgen. Vellen kann nur aus einer gesunden Kinderschaft kommen, die wieder Vater und Mutter werden soll.

(Weihnachts-Kerzen sind Gegenstände des täglichen Bedarfs.) Auf eine Anfrage hin erteilte das Reichswirtschaftsministerium die Antwort, daß Weihnachtskerzen als Gegenstände des täglichen Bedarfs anzusehen sind, da sie bei der ganz allgemein in der Bevölkerung bestehenden Sitte der Feier des Weihnachtsfestes Verwendung finden. Der Umstand, daß sie nur zu einer bestimmten Zeit im

